

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbestellung monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Freischuh für Deutschland 4.30 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2803 und 2804.

Interests haben die achteigsteil. Temporelle oder deren Raum 1.20 M., Wortausgaben das fertige Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Kurzwortausgabe 70 Pf., bei Familien- u. Veranlassungsausgaben: 1/20 der Zeitung frei. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hindenburg der neue Reichspräsident.

Neue Huldigungen für Hindenburg.

Heute morgen hat eine neue Kundgebung für Hindenburg stattgefunden. Wiederum ist eine Ehrenkompanie der Reichswehr dabei gewesen, um deutlich zu zeigen, wie wenig sich die Militaristen um die Anordnungen von Noske und der Regierung kümmern. Die Herren Offiziere des Reichswehrministeriums mit dem General von Lüttwitz an der Spitze haben sich ebenfalls ostentativ an dieser Kundgebung beteiligt. Sie haben das Bedürfnis, immer wieder erneut öffentlich zu zeigen, daß Herr Noske und die Regierung von ihnen abhängig sind und nicht umgekehrt. Ueber den Verlauf der Kundgebung, die formlos vorbereitet war, meldet eine Lokalkorrespondenz:

Vor dem Bahnhof Charlottenburg hatten sich heute morgen schon gegen 7^{1/2} Uhr mehrere tausend Menschen versammelt, da bekannt geworden war, daß Hindenburg mit dem um 8.30 Uhr abgehenden D-Zug nach Hannover Berlin verlassen würde. Die Menge hatte in der Gerolmsstraße Auffstellung genommen, da der Feldmarschall nicht den Hauptingang des Bahnhofes benutzen wollte. Um 7^{1/2} Uhr marschierte eine Ehrenkompanie der Reichswehr mit klingendem Spiel heran, die gegenüber dem Eingang antrat. Bald nach 8 Uhr kamen zahlreiche Offiziere zum Bahnhof, um sich von Hindenburg zu verabschieden. Es waren meist Angehörige der früheren D. S. L., die den Feldmarschall auch bei seiner Ankunft schon begrüßt hatten. Ferner sah man General v. Lüttwitz und andere Offiziere des Reichswehrministeriums. Die Sicherheitspolizei hatte mehrere Abteilungen ihrer Beamten nach Charlottenburg entsandt, um die noch vom Bahnhof zu führenden Straßen abzusperren, vor allem aber, um etwaige Zusammenstöße zu verhindern.

Gegen 8^{1/2} Uhr traf Hindenburg, in dessen Begleitung sich Staatsminister a. D. v. Geffert, Hauptmann v. Hindenburg und Hauptmann v. Stülpnogel befanden, im Kraftwagen am Bahnhof ein. Die Menge brach in stürmische, minutenlange Hoch- und Seufzer aus. Immer wieder ertönte es: „Hoch unser Hindenburg und Ludendorff!“ Dazwischen hörte man wieder ziemlich kräftige Neuherrungen auf die Regierung, den Untersuchungsbescheid usw. Als Hindenburg das Auto verließ, stimmte die Kapelle das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an, das von vielen Anwesenden mit enthusiastischem Hauptes mitgesungen wurde. Dann ging Hindenburg auf die Ehrenkompanie zu, die den Feldherrn mit dem Ruf: „Guten Morgen, Herr General!“ begrüßte. Hindenburg antwortete: „Guten Morgen, Kameraden.“ Dann schritt Hindenburg die Ehrenkompanie ab. Unter fortgesetzten Hochrufen der Menge nahm der Generalfeldmarschall hierauf den Vorbeimarsch der Ehrenkompanie ab. Die Offiziere sammelten sich um den Feldmarschall, der jedem die Hand reichte und dankte. Bei diesem Abschied weinten viele Frauen unter den Anwesenden laut auf. Auch Hindenburg war sichtlich bewegt. Es ertönte wieder stürmische Hochrufe auf den Scheidenden. Hindenburg verneigte sich erblöhten Hauptes nach allen Seiten und winkte der Menge, welche die Absperre durchbrach zu. In dem Augenblick, als der Generalfeldmarschall den Bahnhof betreten wollte, rief jemand: „Hoch Hindenburg! Auf Wiedersehen als Reichspräsident!“

Die Menge wiederholte diesen Ruf immer wieder. Hierauf begab sich der Generalfeldmarschall auf den Bahnsteig A, wo der nach Hannover fahrende D-Zug, an den ein Solowagen angehängt war, einlaufen sollte. Die Regimentskapelle hatte auf dem Bahnsteig in patriotischer Auffstellung genommen und intonierte wieder: „Deutschland, Deutschland über alles“. Mehrere hundert Personen, die die Absperre durchbrochen hatten, sangen mit und winkten und riefen Hindenburg zu, bis er mit seiner Begleitung im Zug Platz genommen hatte.

Amerika gegen den Völkerbund.

Im amerikanischen Senat, in dem die konservative sogenannte republikanische Opposition in den Wahlen im vorigen Jahre die Mehrheit errungen hat, bemüht man sich vor aller Welt die Spottgeburt eines Völkerbundes, die im Verlaufe der letzten Wahlen zu entscheiden und in ihrer ganzen nackten Zügellosigkeit der Welt zu weisen.

Man wird Million ausgegeben müssen, daß er als bürgerlicher Pazifist den Gedanken eines Völkerbundes von New-York mit nach Versailles nahm. Diese Friedensverhandlungen aber haben ihm und der Welt nur allzu deutlich bewiesen, daß im kapitalistischen, imperialistischen Staatensystem der ewige Frieden, der Völkerbund Illusion und Utopie bleiben. England und Frankreich haben die Völkerbundsidee Wilsons aufgegriffen und aus ihr das gemacht, was ein jeder für sein Heil wünschte. In Englands Hand ist aus dem Völkerbund ein Instrument geworden, mit dem es seine Weltbeherrschung sichern, die Gewinne des Krieges sanktionieren zu können glaubt. Frankreich erhofft vom Völkerbund, daß er es vor dem wiedererstarkenden Deutschland und seiner „Rache“ schützen wird.

So ist der Völkerbund eine Abmachung der Regierungen imperialistischer Staaten geworden zum Schutze nicht nur der eigenen imperialistischen Gewinne, sondern der kapitalistischen Weltwirtschaft überhaupt. Die Völker, bei denen die Macht des Imperialismus gebrochen ist, oder wenigstens in seiner Herrschaft stark gefährdet erscheint, Rußland, Deutschland, Oesterreich, sind nicht Mitglieder des Völkerbundes, und England und Frankreich werden darüber entscheiden, wann sie diese Völker für würdig halten, in den Bund der Nationen aufgenommen zu werden. Jedem sozialistischen Denkenden ist ohne weiteres klar, daß dieser Völkerbund nur eine Verhüllung, nur eine Verhöhnung des Weltfriedens darstellen kann, und von diesem Gesichtspunkte aus ist es mit Freude zu begrüßen, daß der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika aller Welt in vollster Klarheit zum Bewußtsein bringt, daß dieser Völkerbund nur den Zweck hat, den nacktesten Privatinteressen der einzelnen kapitalistischen und imperialistischen Staatensysteme zu dienen. Haben England und Frankreich in Versailles die Idee des Völkerbundes bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet, so würdigt der amerikanische Senat das kaum geborene Kind kaltblütig zu Tode.

Noch immer steht nach den bisher vorliegenden Nachrichten nicht ganz fest, wieviel von den vierzehn Vorbehalten des Senates, die ein förmliches Votum zu Wilsons vierzehn Punkten darstellen, angenommen sind. Bisher wurden zehn genehmigt. Diese zehn aber genügen, um den Völkerbund selbst für Frankreich und England illusorisch werden zu lassen, denn die republikanische Opposition im amerikanischen Senat entkleidet durch diese Vorbehalte den Völkerbund all der Vorzüge, die Frankreich und England aus ihm zu ziehen gehofft hatten. Schon mit einem einleitenden Vorbehalt erklärt der Senat, daß die Ratifikation des Friedensvertrages überhaupt nicht in Kraft treten, also auch die Vereinigten Staaten nicht rechtlich binden kann, wenn nicht die folgenden Vorbehalte von mindestens dreien der vier Großmächte, England, Frankreich, Italien und Japan, ratifiziert werden. Damit ist jeder Ausweg, der mit Hilfe diplomatischer Kniffe versucht werden könnte, abgeschnitten und Wilson wird sich entscheiden müssen, ob er den moralischen Mut besitzt, den Friedensvertrag, in dem der Senat das Kapitel des Völkerbundes mit einem einfachen Querstrich gestrichen hat, zur erneuten Ratifikation seinen ehemaligen Bundesgenossen vorzulegen.

Durch den Vorbehalt, der die Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin festlegt, ist dem Völkerbund von vornherein jeder Einfluß auf amerikanische Verhältnisse, ja auf Amerika überhaupt, genommen. Die Monroe-Doktrin: Amerika den Amerikanern — ist die Lehre, daß kein außer-amerikanischer Staat sich in die Verhältnisse des amerikanischen Erdteils einmischen darf. Dieser Grundgedanke soll nach dem Vorbehalt durch den Völkerbundvertrag nicht berührt werden, ja auch keine Auslegung soll keinesfalls einer schiedsgerichtlichen Entscheidung oder einem Beschlusse des Völkerbundes unterliegen. Allein die Vereinigten Staaten haben das Recht in jedem einzelnen Fall festzustellen, wie der Grundgedanke der Monroe-Doktrin auszulegen ist. Damit ist dem Völkerbund jede Einmischungsmöglichkeit in die Verhältnisse in Nord-, Mittel- und Südamerika genommen und wenn es zu irgendwelchen Konflikten mit Mexiko oder mit den südamerikanischen Staaten, wo viele englische und französische Interessen und Kapitalien festgelegt sind, kommen sollte, so wird der Völkerbund den Franzosen und Engländern nicht etwa die erwartete Möglichkeit zur Wahrung ihrer Interessen bieten, die Vereinigten Staaten werden vielmehr im amerikanischen Erdteil schalten und walten, wie es ihnen beliebt.

Die Pariser Presse zum Wahlergebnis.

TU. Genf, 20. November.

In der gestrigen Ausgabe der „Presse de Paris“ liegen die Neuherrungen der gesamten bürgerlichen Presse Frankreichs über die Wahlen vor. Die Genugtuung ist selbstverständlich groß. Die „Dumanitè“ stellt fest, daß die Sozialisten zum ersten Male unter dem Banner des Klassenkampfes in die Wahl gegangen sind, daß sie zwei Mandate verloren, aber einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben, und daß sie mit diesem Erfolg immerhin zufrieden sein können.

Die Wahlen in Belgien.

Sozialistische Erfolge bei den Senatswahlen.

Brüssel, 20. November. (Genab.)

Die amtlichen Resultate der Senatswahlen ergeben, daß nach dem allgemeinen Stimmrecht gewählt sind: 20 Sozialisten, 43 Katholiken und 30 Liberale. Die Katholiken verlieren 12, die Sozialisten gewinnen 10 und die Liberalen 2 Sitze. Zum 27. November werden 27 Senatoren ernannt werden. Der alte Senat bestand aus 71 Katholiken, 4 Liberalen und 15 Sozialisten.

Die Zusammensetzung der Deputiertenkammer.

Brüssel, 19. November. (Genab.)

Die neue Deputiertenkammer wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: 70 Sozialisten (Gewinn 30 Sitze), 73 Katholiken (Verlust 26 Sitze), 34 Liberale (Verlust 11 Sitze) und 9 Parteilose.

Die Arbeiterpartei zur Situation.

H.N. Brüssel, 20. November.

Der allgemeine Rat der belgischen Arbeiterpartei beschloß ein Zusammenwirken der Sozialisten mit den übrigen Parteien zur Einigung über ein Arbeitsprogramm. Ein Ausschuß der sozialistischen Partei wird das Mindestprogramm festlegen, das im Kongress, der am 30. November zusammentritt, behandelt werden kann.

Unruhen in Kairo.

Kairo, 19. November. (Genab.)

Im Verlaufe von Kundgebungen am 18. belagerte die Menge die Polizeiwache. Die englischen Soldaten eröffneten das Feuer auf die Menge. 11 Personen wurden getötet und etwa 60 verwundet darunter 10 schwer. Heute morgen war die Stadt ruhiger. Die Kundgebungen waren weniger bedeutend. Die Straßenbahn hat ihren Betrieb eingestellt. Die arabische Presse ist sehr erregt.

Rücktritt der ägyptischen Regierung.

H.N. Kairo, 20. November.

Die ägyptische Regierung ist infolge der Ernennung des Studienausschusses für eine ägyptische Verfassung zurückgetreten. Die Ernennung des Studienausschusses und der Rücktritt der Regierung hängen mit den Unruhen in Kairo und Alexandria zusammen.

Die Deutschen in Nordrußland abgeschnitten.

H.N. Washington, 20. November.

Die „Times“ berichten aus Riga, daß die deutschen Truppen in Nordrußland von der Verbindung mit Riga und Südwestrußland abgeschnitten seien.

Der Streik im Pariser Zeitungsgewerbe.

T.U. Basel, 20. November.

Die Streikenden im Zeitungsgewerbe haben eine Tagesordnung angenommen, daß sie fest entschlossen sind, durchzuhalten und sich durch keinerlei Versuchungen der Arbeitgeber einsagen lassen wollen. Die Streikenden wollen erst wieder in die Seherfäle zurückkehren, wenn ihre Lohnforderungen voll erfüllt werden.

Die internationale Arbeitkonferenz über Kinder- und Frauenarbeit.

H.N. Washington, 20. November.

Die Arbeitkonferenz beschloß sich weiter mit dem Verbot der Arbeitleistung von Kindern unter 14 Jahren. Für Indien soll die Altersgrenze vielmehr auf 12 Jahre herabgesetzt werden. Ferner wurde über die Nachtarbeit der Frauen und deren schädliche Wirkung beraten und schließlich eine Aenderung des Berner Abkommens in Erwägung gezogen. Der Vorschlag, Kindern bis zum Alter von 15—16 Jahren die Arbeit zu verbieten, wurde abgelehnt.

